
FDP Wetterau

FDP-FRAKTION: DRINGEND PLAN IN DER WETTERAU FÜR DIE AUFNAHME VON MENSCHEN AUS DER UKRAINE ERFORDERLICH

02.03.2022

Die Freien Demokraten im Kreistag fordern die Verantwortlichen des Landes Hessen und des Wetteraukreises auf, schnellstmöglich die Kommunen in ihre Pläne für die Aufnahme von Menschen aus der Ukraine einzubinden und diese mit aller Kraft bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen. Der furchtbare Angriffskrieg in der Ukraine lasse Hunderttausende Menschen in die Nachbarländer fliehen und auch in Deutschland Schutz suchen.

„Klar ist, dass auch der Wetteraukreis einen engagierten Beitrag dazu leisten muss, um Menschen aufzunehmen, die durch die russische Invasion zur Flucht gezwungen werden“, fordert der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn. Alle, die sich auf der kommunalpolitischen Ebene betätigten, wissen um dieses Erfordernis, sind dabei aber voller Sorge, welche Herausforderungen auf die Städte und Gemeinden zukommen. Die Situation in der Ukraine sei vor allem auch eine humanitäre Katastrophe und jeder könne nachvollziehen, dass es darum gehen muss, mit schneller, unbürokratischer Aufnahme möglichst vielen Menschen Schutz zu bieten. „Gleichzeitig haben die Kommunen schon vor Beginn des Krieges in der Ukraine vor der schwierigen Aufgabe gestanden, Unterkünfte für die sich aufgrund der wieder verschärfenden Flüchtlingssituation zu erwartenden Menschen zu finden. Auf Basis der im Dezember neu beschlossenen Verteilerquote waren die Kommunen in der Wetterau bereits angehalten worden, vor Ort dringend Vorsorge zu treffen.“

„Die Frage, wie und wo wir die Menschen unterbringen sollen, treibt Bürgermeister und Parlamentarier gleichermaßen um“, so Hahn weiter. Freie Plätze in vorhandenen Wohnungen sind vielerorts fast ausgeschöpft, die Anmietung neuer Wohnungen gestaltet

sich schwierig und die erforderliche Zurverfügungstellung neuen Wohnraums ist sowohl organisatorisch als auch finanziell eine Herkulesaufgabe. Die Tatsache, dass keine vollständige Kostenerstattung an die Kommunen für die Unterbringung seitens des Kreises erfolgt, erschwere die Bewältigung der Aufgabe zusätzlich. Angesichts der erschütternden menschlichen Tragödien, die mit dem Krieg in der Ukraine und anderen Kriegsgebieten verbunden sind, sei es alles andere als schön, die finanziellen und organisatorischen Herausforderungen, die auf die Kommunen des Kreises zukommen, thematisieren zu müssen, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der FDP Kreistagsfraktion Andrea Rahn-Farr. „Es ist jedoch eine Frage der Verantwortung, hier frühzeitig Antworten und Unterstützung einzufordern. Wie dringlich es ist, die Kommunen nun seitens des Landes wie auch des Kreises bei den Plänen für die Aufnahme schnellstmöglich einzubeziehen und diese in jeder denkbaren Form zu unterstützen, machen die Bilder der aus der Ukraine fliehenden Menschen aktuell rund um die Uhr deutlich“, appelliert die FDP-Fraktion abschließend in Richtung des Landes Hessen und den Wetteraukreis.